

1. Fragen zur Bildungsgerechtigkeit Wir haben immer noch keine Bildungsgerechtigkeit erreicht. Die GEW setzt sich für eine Schule für alle ein. **Wie wollen Sie für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen?**

Die zentrale Forderung der LINKEN ist die Einführung der einen Schule für alle. Wir halten das gegenwärtige Zwei-Säulen-Modell für gescheitert. In der Sekundarstufe I werden alle Kinder mit Unterstützungsbedarf in den Gemeinschaftsschulen betreut. Gleichzeitig werden die Gemeinschaftsschulen kaum noch mit ausgebildeten Lehrkräften versorgt. Die eine Schule für alle würde zu einer besseren Verteilung von Aufgaben und Lehrkräften in der Sekundarstufe I sorgen.

Weiterhin planen wir in den allgemeinbildenden Schulen die Einführung eines Sozialindex nach Hamburger Vorbild. Über diesen Index, der durch eine Kombination von Eltern- und Schüler*innen-Befragung und Sozialdaten gebildet wird, sollen die zentralen Ressourcen, also insbesondere Lehrpersonal und anderes pädagogisches Personal schulscharf gesteuert werden. Wir wollen im gesamten Bildungsbereich, also von der Kita über die Schule bis zur Universität und die Angebote des lebenslangen Lernens, Gebührenfreiheit verwirklichen.

2. Frage zu Arbeitsbedingungen in Kitas

Das Kita-Gesetz sieht Verfügungszeiten für pädagogische Fachkräfte in Höhe von 7,8 Stunden je Woche und Gruppe vor. Das reicht hinten und vorne nicht. Das Gesetz führt zudem sogar mancherorts zu Kürzungen bei Verfügungszeiten. **Werden sie die Verfügungszeiten erhöhen? Wie wollen Sie verhindern, dass ungenügende Mindestregelungen zum landesweiten Standard werden?**

Kitas sind Bildungseinrichtungen, keine Aufbewahrungseinrichtungen für Kinder. Das Personal muss daher über ausreichende Qualifikationen verfügen und ausreichend Zeit für die Vor- und Nachbereitung von Angeboten in und außerhalb der Kita, für Dokumentation, Elterngespräche und Verwaltung erhalten. Den Personalschlüssel wollen wir mit einer Übergangsfrist so verbessern, dass er für die Altersgruppe bis drei Jahre 1 zu 3 und ab drei Jahren 1 zu 7,5 beträgt. Den Zielkonflikt zwischen qualitativ hochwertigen Angeboten, die viel Verfügungszeit voraussetzen, und flächendeckender Betreuung wollen wir dadurch auflösen, dass wir möglichst viele Menschen durch gute Arbeitsbedingungen, gute Löhne, erleichterten Zugang zur Ausbildung (PiA) und gleichzeitigem Einsatz von Kindheitspädagog*inn*en für hochqualifizierte Aufgaben für den Einsatz in Kitas gewinnen.

3. Frage zu Arbeitsbedingungen in Schulen

Die Rahmenbedingungen in den Schulen haben sich verändert. Der Anteil der außerunterrichtlichen Tätigkeiten von Lehrkräften ist ohne Ausgleich massiv gestiegen. Die GEW fordert eine Pflichtstundenreduzierung für alle Schularten und einen gesonderten Pool für Ausgleichsstunden. **Wie stehen Sie dazu? Welche konkreten Maßnahmen zur Entlastung von Lehrkräften werden Sie in Angriff nehmen?**

Die Arbeitsbelastung von Lehrkräften ist nach unserer Auffassung viel zu hoch. Unser Landtagswahlprogramm sieht daher vor „pädagogische Aufgaben in der Lehrer*innenarbeitszeit realistisch ab[zu]bilden“ sowie „multiprofessionelle Teams mit Psycholog*innen und Sozialarbeiter*innen für Schüler*innen und Lehrkräfte an allen Schulen“ einzusetzen. Dabei haben wir bewusst offen gelassen, in welcher Weise die pädagogischen Aufgaben abgebildet werden sollen, denkbar wäre Stundenerlass oder der Übergang zu einem anderen Arbeitszeitmodell. Die Aufzählung

des Unterstützungspersonals ist nicht als abschließend zu verstehen. Wir befürworten beispielsweise auch den Einsatz von Schulassistentinnen und –assistenten und IT-Administrator*inn*en.

4. Frage zur Inklusion in der Schule

Schleswig-Holstein liegt bei der Inklusion im Bundesvergleich weit vorne. In der Umsetzung fehlt Regelschullehrkräften, Schüler*innen und Eltern die Unterstützung und die sonderpädagogische Förderung. **Wie wollen Sie die Arbeit multiprofessioneller Teams stärken? Werden sie die Arbeit multiprofessioneller Teams durch Kooperationszeiten stärken?**

Wir glauben, dass Schule grundsätzlich reformiert werden muss und wollen Schulen ermutigen, diese Reformen anzustoßen. Diese Prozesse gehen über den Einsatz von multiprofessionellen Teams in Regelschulen hinaus. Dafür wollen wir die notwendigen Ressourcen, insbesondere auch im Bereich der Arbeitszeit, bereitstellen. Im Wahlprogramm heißt es dazu:
„Entwicklungsmöglichkeiten von Schulen sehen wir vor allem in den folgenden Feldern:

- Altersübergreifende Lerngruppen statt starren Jahrganggruppen
- Feedbackformen, die die eigene Urteilskraft ausbilden, statt Noten
- Selbstgesteuertes Lernen im eigenen Lerntempo
- Pädagogisch begründete Zeitkonzepte statt starrer 45-Minuten-Stunden
- Partizipation statt hierarchischer Prozesse
- Rolle der Lehrkraft als Lernbegleitung
- Neue Raumkonzepte für Schulen: Lernateliers statt Klassenzimmer
- Fachübergreifender Projektunterricht

Wir werden

- Schulen die Freiheit geben notwendige Reformen durchzuführen.
- Schulen durch Fachleute unterstützen.
- Lehrkräftefortbildungen und Schulentwicklungstage anbieten, die Schulen unterstützen, den Prozess zu beginnen.
- Schulen, die Reformen beginnen, auf Seiten der Lehrkräfte und des anderen pädagogischen und Verwaltungspersonals entlasten
- Schulen Ressourcen für neue Raumkonzepte und Materialien bereitstellen.“

5. Frage zu prekären Beschäftigungen in Hochschulen

In der Verpflichtungserklärung zum Zukunftspakt "Studium und Lehre stärken" des Landes Schleswig-Holstein hat sich dieses der Erhöhung des Anteils des entfristeten wissenschaftlichen Personals auf 40% bis 2027 selbst verpflichtet. **Welche Maßnahmen planen Sie zum Erreichen dieses Ziels?**

Wir wollen den Mittelbau an den durch Dauerstellen für Daueraufgaben Universitäten stärken. Das Wissenschaftszeitvertragsgesetz hat seinen ursprünglichen Zweck verfehlt, mehr Beschäftigungssicherheit zu bewirken – es führt dazu, dass wissenschaftliches Personal 12 Jahre befristet angestellt werden kann, wir wollen es daher abschaffen.

6. Frage zum Lehrkräftemangel Der Lehrkräftemangel nimmt stetig zu und führt zunehmend zu ungleichen Lernbedingungen im Land. **Wie wollen Sie dem Lehrkräftemangel in den Schulen (auch kurzfristig) begegnen?**

Der Mangel an Lehrkräften ist ausgesprochen ungleich über die Schularten verteilt. Insbesondere an den Grund- und Gemeinschaftsschulen bleiben immer mehr Stellen unbesetzt. An Berufsschulen werden zu viele Lehrkräfte befristet über Projekte finanziert. Wir wollen den Einsatz von Lehrkräften über einen Sozialindex regeln, so dass zusätzliche Ressourcen dahin gelangen, wo sie besonders benötigt werden, insbesondere Neueinstellungen. Die Ausbildung für die Sekundarstufe muss rasch reformiert werden, damit alle Lehrkräfte für den Einsatz in inklusiven Schulformen qualifiziert sind. Weiterhin müssen Lösungen gefunden werden, wie auch Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst, die eine Abiturprüfungsberechtigung anstreben, wenigstens teilweise an Gemeinschaftsschulen ohne Oberstufe ausgebildet werden können. Die Qualifizierung von Quer- und Seiteneinsteiger*innen ist notwendig, aber keine systematische Lösung. Den Einsatz von Hilfskräften auf unterbezahlten Stellen in verantwortlichen Positionen (eigenständiger Unterricht, Klassenlehrkraft) lehnen wir ab.

7. Frage zum Fachkräftemangel in Kitas Kitas leider unter einem enormen Fachkräftemangel. Aus Sicht der GEW darf der Fachkräftemangel aber nicht zu einer Absenkung des Ausbildungsniveaus der Erzieher*innen führen. **Wie wollen sie den Fachkräftemangel im Kita-Bereich angehen? Wie werden Sie dafür sorgen, dass die Berufe in der frühkindlichen Bildung attraktiver werden?**

Diese Frage haben wir bereits unter 2. beantwortet.

8. Frage zum SHIBB

Die GEW hielt die Einführung des SHIBB für wenig zielführend und die Überführung ins Wirtschaftsministerium für inakzeptabel. **Wie soll es aus Ihrer Sicht mit dem SHIBB weitergehen?**

Wir wollen die berufliche Bildung wieder in das Bildungsministerium eingliedern. Wir befürworten die duale Berufsbildung als Erfolgsmodell, möchten aber Persönlichkeitsbildung, Allgemeinbildung und politische Bildung in der Berufsschule stärken. Dazu zählt für uns auch ein Mitbestimmungsmodell, das Lehrkräfte, Beschäftigte, Eltern und Schüler*innen einschließt. Wir wollen, dass die Lehrkräfte unbefristet angestellt werden.